



Herrn
Oberbürgermeister Dr. Müller

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für Jugend, Soziales,
Wohnen und Stadterneuerung

und

Stadtrat Arno Goßmann

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin Thiels

an den Ausschuss für Soziales

18. Dezember 2008

**Schulsozialarbeit ausbauen und die Finanzierung weiterentwickeln
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2008 -
Beschluss-Nr. 0185 vom 29. Oktober 2008 (SV-Nr. 08-F-01-0098)**

Der Magistrat wird gebeten, Gespräche (ggf. in einer konzertierten Aktion mit anderen Kommunen) mit dem Hessischen Kultusministerium über eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten der Schulsozialarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden zu führen und dem Ausschuss darüber zu berichten.

Ziel der Gespräche sollte sein, dass die Stadt Wiesbaden (und andere) 1/3 ihrer Kosten vom Land erstattet bekommt.

Bericht an den Ausschuss:

Im oben genannten Antrag wird Bezug genommen auf eine Äußerung zur Schulsozialarbeit von Herrn Kultusminister Banzer „zu einer gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen (...), die auch am besten Hand in Hand zu lösen ist“, und er „bewertet die Übernahme von 1/3 der Kosten durch das Land als sinnvoll“.

Im Landkreis Waldeck-Frankenberg ist der Einstieg in dieses Modell aktuell gelungen. Hier sind derzeit 11 Schulen einbezogen. Jede Schule erhält ein Kontingent an Schulsozialarbeit für Prävention und Krisenintervention. Dies dürfte für jede Schule ca. eine ½ Schulsozialarbeiter-Stelle ergeben. Die Kosten in Höhe von ca. 300.000 € werden zu gleichen Teilen vom Land Hessen, vom Landkreis Waldeck-Frankenberg und den Kommunen vor Ort getragen.

Nach telefonischer Auskunft eines Mitarbeiters des Landkreises Waldeck-Frankenberg, Fachdienst Schulen an Herrn Kersten, Abteilungsleitung 51.5101 Schulsozialarbeit, sei diese Finanzierung des Landes ein Minimum-Beitrag, wobei der Landeszuschuss von 100.000 € aus den bereits vorhandenen Mitteln des Staatlichen Schulamtes herauszuziehen ist, unter der Maßgabe, dass der Kreis und die Kommunen jeweils ebenfalls 100.000 € bereitstellen. Damit wird der Landkreis Waldeck-Frankenberg einen etwa ähnlichen Zuschuss des Landes für Schulsozialarbeit erhalten, wie andere Kreise und Städte in Hessen ihn bereits erhalten (Wiesbaden erhält jährlich 70.726 €) (siehe Anlage 1).

Zusammenfassung:

Der Finanzierungsbetrag im Landkreis Waldeck-Frankenberg kann **nicht als Einstieg des Landes in eine Drittel-Finanzierung des Kultusministeriums** in Schulsozialarbeit verstanden werden.

Für Wiesbaden hieße eine Drittel-Finanzierung, dass das Kultusministerium ca. 500.000 € als 1/3 der Kosten der Schulsozialarbeit (bereits ohne das Sachgebiet 51.510102, Betreuende Grundschulen) zahlen müsste. Dies ist in der derzeitigen Lage kaum vorstellbar.

Gleichwohl sollten die Kommunen des Landes gemeinsam mindestens mittelfristig über eine stärkere Kostenbeteiligung des Landes von Schulsozialarbeit als grundsätzliche Entscheidung verhandeln.

In der Fachöffentlichkeit wird häufig das Modell einer 50 %igen Beteiligung von Land und Kommunen gehandelt, wobei der Anstellungsträger der kommunale Jugendhilfeträger mit der Dienst- und Fachaufsicht ist.

Die Durchführung dieser Gespräche sollte nach der Landtagswahl erfolgen.

Anlage